

# position

The logo of the German Trade Union Confederation (DGB) is located in the top right corner. It consists of a red parallelogram with the letters 'DGB' in white, bold, sans-serif font.

## **Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Gesetzesentwurf der CDU- und FDP- Fraktionen zur „Einführung der inklusi- ven Schule in Niedersachsen“**

## **Impressum**

Herausgeber:

DGB Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Bereich: Bildungspolitik

Otto-Brenner-Str. 7

30159 Hannover

[www.niedersachsen.dgb.de](http://www.niedersachsen.dgb.de)

verantwortlich: Lea Arnold

Stand: 06.12.2011

## **Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Gesetzesentwurf der CDU- und FDP-Fraktionen zur „Einführung der inklusiven Schule in Niedersachsen“**

Der DGB begrüßt, dass die Fraktionen von CDU und FDP eine Gesetzesinitiative zur Einführung der inklusiven Schule in Niedersachsen erarbeitet haben, lehnt jedoch den Entwurf in seiner jetzigen Form ab. Es ist insbesondere zu befürchten, dass den Anforderungen der UN-Menschenrechtskonvention mit dem vorliegenden Entwurf nicht genügend Rechnung getragen wird.

Durch den Begriff „Inklusion“ sind nicht nur das schulische Zusammenleben aller ohne Einteilung in unterschiedliche Gruppen und das uneingeschränkte Recht, die allgemeinen Schulen barrierefrei und ohne Diskriminierung zu besuchen, umfasst. Inklusion bedeutet vielmehr, dass ein gesellschaftliches Umdenken hin zu inklusiven Lebensformen erforderlich ist. Sowohl kulturelle, sprachliche und ethnische Herkunft als auch unterschiedliche Bildungshintergründe dürfen Schülerinnen und Schülern, Studierenden und auch Berufstätigen nicht mehr den Zugang zu neuen Bildungswegen verschließen.

Insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen und Behinderungen aller Schulstufen, einschließlich der Sekundarstufe II und der Berufsbildung, muss dieser Grundsatz gelten.

Die in § 4 Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG) verankerte, generelle Zusicherung der Inklusion ist in diesem Zusammenhang begrüßenswert, da so der Grundsatz, dass

## **Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Gesetzesentwurf der CDU- und FDP-Fraktionen zur „Einführung der inklusiven Schule in Niedersachsen“**

alle öffentlichen Schulen inklusive Schulen sind, festgeschrieben wird. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Problematisch ist jedoch die im Gesetzesentwurf vorgesehene Fortsetzung des Parallelsystems von allgemeinen Schulen und Förderschulen. Der DGB ist der Ansicht, dass dieser Umstand einer effektiven Umsetzung der inklusiven Schule zumindest entgegensteht, wenn nicht sogar prinzipiell gefährdet. Sehr kritisch ist in diesem Zusammenhang insbesondere der § 59 NSchG zu sehen, der durch das Überweisungsrecht indirekt darauf verweist, dass es durchaus Schulen geben könnte, die den Schülerinnen und Schülern nicht die notwendige sonderpädagogische Förderung gewährleisten können.

Um die Idee einer inklusiven Schule im Sinne der UN-Menschenrechtskonvention umsetzen zu können, bedarf es dabei vor allem einem Schulsystem, das nicht in unterschiedliche Schulformen gegliedert ist. Der DGB fordert aus diesem Grund eine Schule für alle Kinder und Jugendlichen. Perspektivisch muss es ein gemeinsames Lernumfeld geben, in dem alle Schülerinnen und Schüler grundsätzlich an einer allgemein bildenden oder berufsbildenden Schule individuelle Unterstützung erhalten. Um die finanziellen Bedarfe dieser Schulformen zu decken, kann auf die Ressourcen aus dem Bereich der Sondereinrichtungen zurückgegriffen werden.